

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Die LINKE im Rat der Stadt Köln

An die Vorsitzende
des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Jasna Ibrić

An den Oberbürgermeister
Torsten Burmester

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 28.04.2026

AN/0716/2026

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	11.05.2026

Awareness-Konzept

Sehr geehrte Frau Ibrić,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragstellenden bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern am 11.05.2026 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

1. Die Verwaltung entwickelt ein Awareness-Konzept für kommerzielle und nicht-kommerzielle Veranstaltungen im öffentlichen Raum mit angemessenen Schutzmaßnahmen für alle Menschen – insbesondere für Frauen, Mädchen, genderqueere Menschen, Menschen mit einer Behinderung sowie Personen mit Rassismus- und anderen Diskriminierungserfahrungen. Das Konzept soll veranstaltungsspezifische Maßnahmen sowie Mindestanforderungen enthalten, die künftig als verbindliche Genehmigungsvoraussetzung aufgenommen werden.
2. Das Konzept umfasst auch präventive Maßnahmen zur Ansprache potenzieller Täter*innen und Mitwisser*innen, um z. B. Übergriffe und Diskriminierung bereits im Vorfeld zu verhindern. Das Konzept berücksichtigt außerdem alle Beteiligten – sowohl Besucher*innen der Veranstaltung als auch sämtliches Personal.
3. Im Rahmen der Konzeptentwicklung prüft die Verwaltung, inwiefern Schulungen für eingesetzte private Sicherheits- und Ordnungskräfte im Umgang mit vulnerablen Gruppen sinnvoll und umsetzbar sind.
4. Für die Entwicklung des Konzepts stehen der Verwaltung 15.000 Euro (Produktgruppe

0111 - Sonstige Innere Verwaltung - im Haushaltsplan 2025/2026) zur Verfügung, um externe Expertise im Bereich Awareness einzubinden. Im Entwicklungsprozess sollen außerdem relevante Verbände und Veranstalter*innen partizipativ eingebunden werden.

Die Verwaltung wird gebeten, das Konzept bis Ende 2027 unter Federführung des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern zu entwickeln – in enger Zusammenarbeit mit relevanten Dienststellen, der Zivilgesellschaft, der Polizei sowie einschlägigen Expert*innen. Das fertige Konzept wird dem Rat zur Beschlussfassung und dem Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern, dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration sowie dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales zur Kenntnis vorgelegt.

Begründung:

Veranstaltungen im öffentlichen Raum sind Orte des gesellschaftlichen Zusammenkommens und der Vielfalt. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu diskriminierendem, antisemitischem oder übergriffigem Verhalten – insbesondere gegenüber FLINTA*, queeren Menschen und anderen vulnerablen Gruppen. Mit diesem Antrag beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, verbindliche Richtlinien zu entwickeln, auf deren Grundlage Veranstalter*innen ein eigenes Awareness-Konzept für ihre Veranstaltung aufstellen müssen. So entsteht kein Einheitskonzept, sondern ein flexibler, veranstaltungsspezifischer Rahmen mit klaren Mindestanforderungen. Das Konzept berücksichtigt insbesondere auch die Mehrsprachigkeit von Informationsmaterialien und Hinweisen, um alle Beteiligten barrierefrei zu erreichen. Rechtlich sind öffentliche Stellen durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Grundgesetz zum aktiven Schutz vor Diskriminierung verpflichtet – verbindliche Awareness-Anforderungen bei der Veranstaltungsvergabe sind ein konkretes Instrument, dieser Verpflichtung nachzukommen. Gleichzeitig sind einmalige Maßnahmen nicht ausreichend: Verbindliche Richtlinien verankern Awareness strukturell im Veranstaltungswesen – nachhaltig und unabhängig von Einzelpersonen oder politischen Konjunkturen. Sie sind damit keine Zusatzleistung, sondern gelebte Gleichstellungspolitik – sie schützen Betroffene, stärken solidarisches Handeln und fördern eine Kultur des Hinschauens statt des Wegschauens. Köln hat die Chance, eine Vorreiterinnenrolle einzunehmen und verbindliche Kriterien in die Leistungsvergabe zu integrieren. Was heute Pionierarbeit ist, wird morgen selbstverständlicher Standard – für alle, die in unserer Stadt leben und feiern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Pascal Pütz
SPD- Fraktionsgeschäftsführer

gez. Hans Günter Bell
Linke-Fraktionsgeschäftsführer